Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 9

Artikel: Die Politik der Türkei gegenüber Israel

Autor: Schilling, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-813219

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Politik der Türkei gegenüber Israel

Mit der charakteristischen Hinwendung der türkischen politischen Führung zum strengen Islam und dem damit verbundenen ausgeprägten Nationalismus hat sich vor allem in den vergangenen acht Jahren auch das Verhältnis der Türkei zu Israel dramatisch verändert.

Walter Schilling

Die tiefe Verankerung der aussenpolitischen und strategischen Neuorientierung der Türkei ist seit Anfang des Jahres 2010 immer wieder deutlich geworden. Gleichwohl hat dieser dramatische Paradigmenwechsel der türkischen Politik in der öffentlichen Diskussion der westlichen Demokratien kaum Berücksichtigung gefunden.

Bedrohung Israels

Der demonstrative Schulterschluss der Türkei mit dem Mullah-Regime im Iran und der islamistischen Terrororganisation Hamas im Gazastreifen hatte sich schon 2009 angebahnt. Aus einer von Wikileaks veröffentlichten E-Mail der amerikanischen Sicherheitsfirma Stratfor vom 20. Februar 2010 über ein Gespräch zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan und Henry Kissinger wissen wir, dass Erdogans Bruch mit Israel lange geplant war. Die im Februar 2010 gegenüber Kissinger abgegebenen Erklärungen Erdogans bestätigen nicht nur die Hintergründe des Handelns der türkischen Regierung in der drei Monate später stattfindenden Gaza-Konfrontation. Sie unterstreichen auch den grundsätzlichen Paradigmenwechsel der türkischen Aussenpolitik und die Entschlossenheit Erdogans, in der islamischen Welt eine führende Rolle zu spielen. Die amtliche türkische Unterstützung des Versuchs islamistischer Kräfte Ende Mai 2010, die israelische Seeblockade Gazas mit Hilfe eines Schiffskonvois zu durchbrechen, die Drohung des damaligen türkischen Regierungschefs Erdogan im September 2011, eine erneute Aktion dieser Art durch den Einsatz der eigenen Kriegsmarine zu decken und die unmissverständliche Drohung gegenüber dem EU-Mitgliedsstaat Zypern, militärisch gegen dieses Land vorzugehen, wenn es im östlichen Mittelmeer Erdgasbohrungen vornehmen sollte, demonstrieren klar, wie sehr sich die Türkei einer höchst problematischen Politik gegenüber Israel und dessen Verbündeten verschrieben hat. Die tatsächlich im Februar 2018 vorgenommene Blockade von Erdgasbohrschiffen in zyprischen Hoheitsgewässern durch türkische Kriegsschiffe zeigt, dass der türkische Staatspräsident seine Drohungen ernst meint. Mit diesem Verhalten setzt sich das NATO-Land Türkei nicht nur über das geltende Völkerrecht hinweg. Es gibt zudem klare Hinweise darauf, dass die türkische Regierung dem Mullah-Regime im Iran bei der Umgehung der von den westlichen Ländern verhängten Finanzsanktionen geholfen hat.

Botschaft der USA in Jerusalem.

Die wiederholte öffentliche Bezichtigung Israels durch den früheren Regierungschef und heutigen Staatspräsidenten Erdogan, es betreibe «einen Völkermord an den Palästinensern im Gaza» und die Unterstützung weiterer Versuche, mit einem Schiffskonvoi die Seeblockade Gazas zu durchbrechen, belegen einmal mehr, welche tiefgreifenden sicherheitspolitischen Gegensätze zur Haltung der übrigen NATO-Staaten, aber auch gegenüber der Europäischen Union bestehen. Dabei ist bemerkenswert, dass Erdogan den Völkermord der Türkei an den Armeniern im Jahre 1915 strikt leugnet und alle Landsleute verfolgen lässt, die für eine Anerkennung dieser historischen Tatsache plädieren. Vor allem mit der Unterstützung des Mullah-Regimes im Iran und der bewussten Eskalation des Konflikts mit Israel offenbart sich das NATO-Mitglied Türkei regelmässig als ein Staat, der auf der Grundlage einer nationalistischen, dem westlichen Bündnis und der Europäischen Union widersprechenden sicherheitspolitischen und strategischen Doktrin für islamistische Regime und Terrorgruppen Partei ergreift und sich in diesem spezifischen Fall gegen die freiheitlichen Demokratien des Westens stellt, zu denen auch der jüdische Staat Israel gehört.

Zusammenarbeit mit Terrororganisationen

Insbesondere die enge Zusammenarbeit der Türkei mit der Terrororganisation Hamas bereitet Israel zunehmend Sorge. Denn diese Zusammenarbeit erstreckt sich nicht nur auf die politische

Wahlzettel für die Präsidentschaftswahlen vom 24. Juni 2018. Bilder: Wikipedia

Unterstützung des von der Hamas gegen den Staat Israel geführten asymmetrischen Krieges. Die Türkei gewährt vielmehr auch konkrete operative Hilfe und erlaubt der Hamas-Führung, ihre Terroraktionen von einem Hauptquartier auf türkischem Boden aus vorzubereiten und zu steuern. Selbst für den Transport von Waffen an die islamistische Terrorgruppe Hamas im Gaza stellt die Türkei seit Anfang 2011 ihre Häfen zur Verfügung. Die sorgfältige Untersuchung einiger von der israelischen Marine im Mittelmeer aufgebrachter Frachter, die moderne Waffen aus dem Iran an Bord hatten, liess dies erkennen. Erdogans Unterstützung der Hamas im Zuge der mehrtägigen militärischen Auseinandersetzung mit Israel im November 2012 machte einmal mehr klar, dass die Türkei einen völlig anderen Kurs verfolgt als etwa die USA oder die Bundesrepublik Deutschland. Auch in seinen Siegesreden nach den Wahlen im eigenen Land hat Erdogan immer wieder betont, «seine Erfolge seien Siege für die Hamas im Gaza, für ein palästinensisches Jerusalem und für den Aufschwung der islamischen Welt». Wenn der europäische Rat bei seinen gelegentlichen Gipfeltreffen in Brüssel mit Blick auf das problematische Verhalten der Türkei lediglich seine «ernste Besorgnis über die Spannungen im östlichen Mittelmeer» ausdrückt und die türkische Regierung «zur Mässigung» auffordert, reicht dies keineswegs aus.

«Insbesondere die enge Zusammenarbeit der Türkei mit der Terrororganisation Hamas bereitet Israel zunehmend Sorge.»

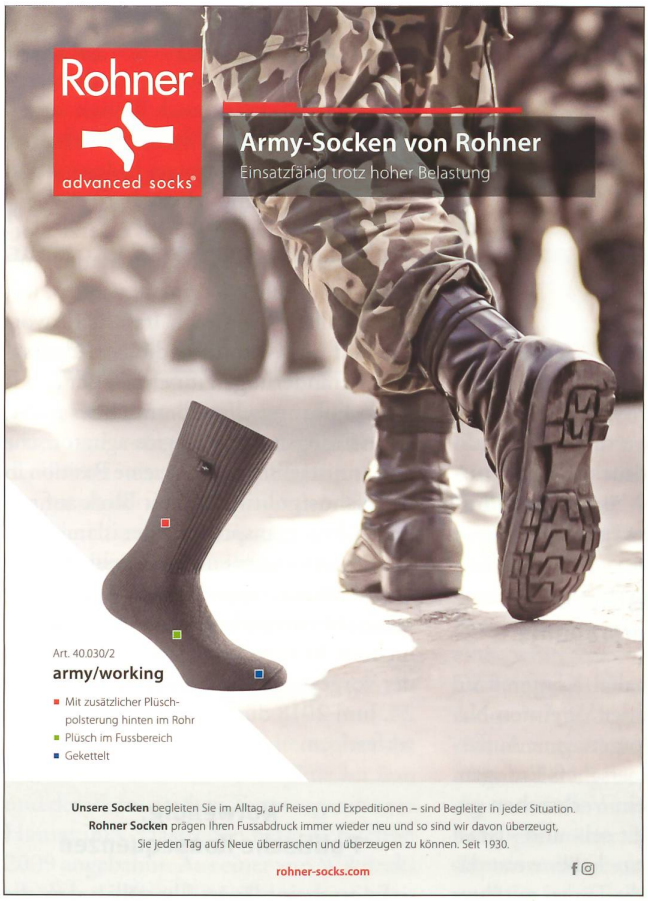
Fern von westlichem Demokratieverständnis

Die bei internationalen Konferenzen und vor den Gremien der Vereinten Nationen immer wieder vorgetragene Auffassung des türkischen Staatschefs Erdogan, dass «der Zionismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei» und «Israel kein Recht auf Existenz» habe, weist darauf hin, wie weit sich die Türkei mit ihrer Politik von den westlichen Demokratien entfernt hat. Und mit der am 10. Dezember 2017 von Staatspräsident Erdogan öffentlich vorgetragenen Klassifizierung Israels als «Terrorstaat», als «Besatzerstaat» und als ein «Land der Kindermörder», das Jerusalem in ein «Gefängnis für Muslime» verwandelt, wird wohl kein europäisches Land einverstanden sein können. Auch das Verhalten der türkischen Staatsführung im Zuge des mit aller Härte ausgetragenen Konflikts mit der Terrorgruppe IS (Islamischer Staat), die auf dem Territorium Syriens und des Irak ein islamistisches Kalifat zu errichten versuchte, ist immer noch widersprüchlich. Bereits angesichts des Wahlsiegs der streng islamischen Partei Erdogans bei den Parlamentswahlen am 1. November 2015 und der Ankündigung des türkischen Staatspräsidenten in seiner Silvester-Rede, sich noch mehr Macht zu sichern, hatten sich die Israelis auf eine längerfristige Feindschaft der Türkei gegen ihr Land einstellen müssen. Das Verhalten der politischen Führung der Türkei nach dem Putsch-Versuch am 15. Juli 2016 machte deutlich, dass der Staatspräsident seine Ankündigungen ernst meinte.

Im Zuge der nach dem gescheiterten Militärputsch vorgenommenen umfangreichen «Säuberungen» im gesamten Staatsapparat haben vor allem in den Streitkräften und im Aussenministerium alle transatlantisch, das heisst nach Westen ausgerichteten Leute ihre Posten verloren. Sie sind durch loyale Anhänger Erdogans und Vertreter eines nationalistischen, stark eurasisch orientierten Kurses ersetzt worden, die eine strikte Zusammenarbeit mit streng islamischen Regimen, wie z.B. mit dem Mullah-Regime im Iran, befürworten. Auf der Grundlage dieser bedeutsamen Veränderungen innerhalb der türkischen Führungselite überrascht es nicht, wenn Erdogan durch religiös-agitatorische und antiisraelische Reden seine Position in der Nahostpolitik und mit Blick auf seinen Führungsanspruch in der islamischen Welt zu verbessern sucht. Mit einem positiven Verhalten gegenüber Israel ist daher von staatlicher türkischer Seite einstweilen nicht mehr zu rechnen. Erdogans Sieg bei der vorgezogenen Präsidenten-Wahl am 24. Juni 2018 dürfte diesen Trend weiter verfestigen.

Notwendig: Politische Konsequenzen

Es erscheint längst überfällig, dass die fortschreitende Islamisierung der Türkei und die tiefgreifenden aussenpolitischen Gegensätze in der NATO, aber auch im Rahmen der EU stärker thematisiert werden. Es kann nicht angehen, dass sich ein Mitglied des westlichen Bündnisses in eine Allianz mit islamistischen Regimen und Terrorgruppen begibt, die den zum Westen gehörenden demokratischen Staat Israel «von der Landkarte tilgen» wollen. Abgesehen von der fortschreitenden Islamisierung des Landes, der damit verbundenen Entdemokratisierung und der aus dem Nationalismus entwickelten Ansprüche der Führungselite der Türkei kann die problematische Politik gegenüber Israel nicht ohne Konsequenzen bleiben. Mit Blick auf die seit dem 3. Oktober 2005 unter völlig anderen Voraussetzungen begonnenen und seitdem mit vielen Unterbrechungen geführten Gespräche über eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union erscheint es überfällig, eine Revision vorzunehmen. Mit einer Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union würden nicht nur der innere Frieden und die Identität Europas zerbrechen. Die Europäische Union verlöre auch ihre – ohnehin schon schwer herzustellende – sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit. Die Mitgliedschaft der Türkei würde die


Rohner
advanced socks®
Army-Socken von Rohner
Einsatzfähig trotz hoher Belastung
Art. 40.030/2
army/working
Mit zusätzlicher Plüschpolsterung hinten im Rohr
Plüsch im Fussbereich
Gekettelt
Unsere Socken begleiten Sie im Alltag, auf Reisen und Expeditionen – sind Begleiter in jeder Situation.
Rohner Socken prägen Ihren Fussabdruck immer wieder neu und so sind wir davon überzeugt,
Sie jeden Tag aufs Neue überraschen und überzeugen zu können. Seit 1930.
rohner-socks.com

Wir forschen für die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle
Kostenlose Führungen für Interessierte in den Felslabors Grimsel (BE) und Mont Terri (JU)
nagra
Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle
Hardstrasse 73
5430 Wettingen
Postfach 280
Telefon 056 437 11 11
www.nagra.ch
info@nagra.ch

Das Engagement unseres Medienpartners macht diese Anzeige möglich.
Berghilfe-Projekt Nr. 8960: Neuer Barfussweg sorgt für mehr Touristen.
Die Schweizer Berghilfe unterstützt Projekte von Einzelpersonen und Gemeinschaften, wenn diese ihre Existenz aus eigener Kraft nicht mehr sichern können. So verbessert sie die harten Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen in Berggebieten. Mit einer Spende an die Schweizer Berghilfe kann die Zukunft aktiv mitgestaltet und das Leben in den Bergen erhalten werden. Mehr Informationen unter www.berghilfe.ch, Spenden-Postkonto 80-32443-2
Schweizer Berghilfe
Aide Suisse aux Montagnards
Aiuto Svizzero alla Montagna
Agid Svizzer per la Muntogna

Gewichte innerhalb Europas entscheidend verschieben, die Unterstützung Israels im Ringen um seine blosse Existenz als jüdischer Staat unmöglich machen und die nur unter grossen Mühen erreichbare Gemeinsamkeit in der Aussen- und Sicherheitspolitik dieses Staatenverbundes gefährden.

Erdogans sichtbares Einvernehmen mit dem trotz des Atomabkommens vom 14. Juli 2015 weiterhin verdeckt an der Herstellung von Nuklearwaffen arbeitenden und die Existenz Israels in Frage stellenden Mullah-Regime im Iran und seine offene Unterstützung der islamistischen Terrororganisation Hamas weisen längst auf die Gefahren für die gesamte westliche Staatenwelt hin. Wer unter diesen Umständen dennoch dafür plädiert, die Verhandlungen mit der Türkei über einen Beitritt fortzusetzen, wird sich fragen lassen müssen, auf welcher politischen Grundlage und auf welchem Wertefundament diese Gespräche stattfinden sollen. Die Türkei erfüllt schon lange nicht mehr die Kopenhagener Kriterien von 1993 – wie Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit, die eigentlich Voraussetzung für Beitrittsverhandlungen sind. Angesichts der fortschreitenden Islamisierung der Türkei und der damit verbundenen gefährlichen Folgen für die Identität, die innere Kohärenz, die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit und die Glaubwürdigkeit Europas sollte man äusserste Zurückhaltung und Vorsicht an den Tag legen.

«Die moderaten arabischen Länder im Nahen Osten sind auf die Unterstützung der USA und die Stabilität Israels angewiesen.»

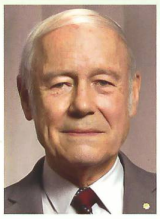
Sachliche Politik ist nötig

Im Übrigen zeigt sich mit Blick auf das derzeitige Verhältnis der Türkei zu Europa und zu Israel einmal mehr, wie problematisch es auch aus sicherheitspolitischer Perspektive ist, sich bei der Lösung der europäischen Flüchtlingskrise in die Abhängigkeit der Türkei zu begeben. Die «Demandeur»-Position, in die sich die Europäische Union in dieser wichtigen Frage begeben hat, kann beliebig ausgenutzt werden und lässt es kaum noch zu, die Politik des Erdogan-Regimes gegenüber Israel zu konterkarieren. Der «Deal» der Europäischen Union mit der Türkei gewährt dem nicht-demokratischen Erdogan-Regime die Möglichkeit, sich nicht nur in die inneren Belange Europas kraftvoll einzumischen, sondern auch die problematische Politik gegenüber dem ohnehin von den islamistischen Ländern und Terrorgruppen bedrohten Israel unbehelligt fortzuführen. Dabei gilt es zu bedenken, dass – realpolitisch betrachtet – Israel die wichtigste Verteidigungslinie Europas in der Krisenregion des Nahen Ostens ist. Ohne den Staat Israel würde der mit den westlichen Ländern kooperierende Teil des Nahen Ostens zusammenbrechen.

Daran ändert auch die Empörung der islamischen Staaten über die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Donald Trump nichts, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und die US-Botschaft entsprechend dem Beschluss des US-Kongresses vom 23. Oktober 1995 von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Die moderaten arabischen Länder im Nahen Osten sind auf die Unterstützung der USA und die Stabilität Israels angewiesen. Die Konsequenzen eines Zusammenbruchs dieser speziellen Beziehung würden sofort in ganz Europa spürbar. Für die Europäer gilt es angesichts dieser Entwicklung, Realismus zu zeigen, von überkommenen Ideologien Abschied zu nehmen und eine sachlich angemessene Politik gegenüber der Türkei zu betreiben. Es wäre daher sinnvoll, einen intensiven Dialog mit der Führung der Türkei einzuleiten, der darauf zielt, das immer noch der NATO angehörende Land in neuer Weise politisch einzubinden. Es wäre – auch mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der europäischen Politiker – ein Akt der politischen Vernunft, der Führung der Türkei deutlich zu machen, dass neben der inneren Kohärenz und der historisch gewachsenen Identität Europas auch die – trotz aller öffentlich sichtbaren Meinungsverschiedenheiten – enge Verbindung mit dem demokratischen Staat Israel eine nicht verhandelbare Grundlage europäischer Politik bleibt. ■

Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)

Aus dem Bundeshaus



Zur Parlamentarischen Initiative (PI) «Für eine sichere Schweiz mit einer starken Milizarmee. Die Armee muss genügend und langfristig finanziert sein» (17.473). Gemäss dem am 27. September 2017 im Nationalrat (NR) eingereichten Text der PI soll die Bundesverfassung mit einem Artikel 60a «Finanzierung der Armee» ergänzt werden. Absatz 2: «Die Ausgaben für die Armee betragen im Durchschnitt mehrerer Jahre mindestens 1,0 Prozent des Bruttoinlandproduktes der Schweiz [...]. Begründet wird die PI mit grosser Unsicherheit in Europa und auf der ganzen Welt, neuartigen Bedrohungen, steigendem Bedarf an subsidiären Armeeeinsätzen, hohem Erneuerungsbedarf von Luftwaffe, Artillerie und Panzern, weit unterdurchschnittlichen Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt und als Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP) im europäischen Vergleich. Das Armeebudget müsse «ab dem Zahlungsrahmen 2017 bis 2020 stetig anwachsen, um den Zielwert von 1,0 Prozent des BIP im Zahlungsrahmen 2025 bis 2026 zu erreichen».

Die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des NR prüfte die PI vor und beantragte, der PI keine Folge zu geben (14:8:1). «Die Kommissionsmehrheit anerkennt, dass die Finanzierung der Armee langfristig sichergestellt sein muss.» Sie unterstützt den durch das Parlament für die Jahre 2017 bis 2020 bewilligten Kredit von 20 Milliarden Franken. Das BIP eigne sich jedoch aus mehreren Gründen nicht, um das Armeebudget festzulegen. Vor allem würden finanzpolitisch neue gebundene Ausgaben geschaffen. Die Kommissionminderheit erachtet die Mittel der Armee als nicht ausreichend und eine Erhöhung als unumgänglich, «da die Schweiz aufgrund ihrer Neutralität in der Lage sein muss, sich im Falle eines Konflikts alleine zu verteidigen.» Die an das BIP geknüpften Ausgaben hätten sich in anderen Ländern bewährt, und ein Mehrjahresdurchschnitt mit geringen jährlichen Schwankungen könne Planungsschwierigkeiten vermeiden. Siehe auch Bericht der SiK-NR vom 19. Februar 2018! – Der NR wiederholte am 6. Juni 2018 im Wesentlichen die Auseinandersetzung in seiner SiK, folgte dieser und gab der PI keine Folge (118:70:0).

Oberst a D Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3006 Bern